

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Kirch-Tunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 4.

Berlin, Mittwoch, 13. Januar 1909

Einundvierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Die preussischen Eisenbahner und das Ministerium. — Durcheinander in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkschaftszell. — Verbands-Zell. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen-Zell.

Die preussischen Eisenbahner und das Ministerium.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß Beamte der preussischen Eisenbahnwerkstätten gegen unsere Gewerksvereine Stellung nahmen, sie als sozialdemokratisch verdächtigten und den Austritt aus der Organisation verlangten. Als wir in einem bestimmten Falle (Hannover-Linden) bei dem Herrn Minister Beschwerde führten, wurde uns nach angelegter Untersuchung die Antwort, „daß nach dem Bericht der königlichen Eisenbahndirektion in Hannover die vorgebrachte Beschwerde der tatsächlichen Begründung entbehrt, da bei den bezeichneten Verwaltungsstellen weder die Bewerbung eines Arbeiters um Beschäftigung bei den Eisenbahnwerkstätten wegen Zugehörigkeit zum Verbands der Deutschen Gewerksvereine (Kirch-Tunder) zurückgewiesen, noch von einem Arbeiter der Austritt aus einem solchen Vereine verlangt worden ist. Sofern daher nicht die Beamten bestimmt beigezeichnet werden können, die sich in dem angegebenen Sinne geäußert haben, muß ich annehmen, daß die Ew. Hochwohlgeborenen gemachte Mitteilung auf einem Mißverständnis beruht.“

Unser Gewährsmann ließ uns damals im Etage und beantwortete unser Ersuchen um Nennung der Namen der betreffenden Beamten nicht, so daß wir die Sache auf sich beruhen lassen mußten. Immerhin hatte die Beschwerde eritend den Erfolg, daß neue Maßregelungen von Gewerksvereinen aus dem Gebiete der Eisenbahndirektion Hannover nicht mehr gemeldet wurden, und zweitens den nicht minder wichtigen Erfolg, daß der Eisenbahnminister in seinem Schreiben deutlich genug erkennen ließ, daß er die Maßregelung von Gewerksvereinen nicht billigen würde.

Neuerdings haben sich die Fälle von Maßregelungen wiederholt. Wir haben deshalb den Herrn Minister gebeten, unsern Besuch anzunehmen. Dies wurde auch sofort gewährt. Nach Vortrag der Beschwerden durch die Kollegen Goldschmidt und Sartmann erklärte der Herr Minister, daß die Eisenbahner volle Freiheit in der Wahl der Organisation hätten. Ob sie sich den Kirch-Tunderischen, den Christlichen oder dem Friererischen Verbands anschließen, sei ihnen gleich. Seinerseits werde keine dieser Organisationen irgendwie bevorzugt. Es sei eine Unwahrheit, wenn dies von irgend einer Seite behauptet werde. Entschieden bekämpfe er in Uebereinstimmung mit seinen Vorgängern die Sozialdemokratie. Diese erkläre, den bestehenden Staat untergraben zu wollen, und dürfe ihr daher auch nicht der geringste Einfluß auf den Eisenbahnbetrieb eingeräumt werden. Es dürfe nicht geduldet werden, daß durch Streiks während in diesen Betrieb eingegriffen werde. Von der alten Abwägung des Eisenbahnverkehrs hänge heute geradezu das Leben der Nation ab; jede Störung könne die schlimmsten Wirkungen auch für Leben und Gesundheit zahlreicher Menschen haben. Darum müsse die Sozialdemokratie mit ihren Streifabsichten dem Eisenbahnbetriebe ferngehalten werden. Die übrigen Organisationen der Eisenbahner, so fügte noch der Herr Ministerialdirektor Behrmann hinzu, müßten selbstverständlich auf die Anwendung des Streiks im Eisenbahnbetriebe verzichten; das schuldeten sie als nationale Organisationen der

Nation, die auf den ununterbrochenen und ungehinderten Betrieb der Eisenbahnen angewiesen sei.

Von unseren Vertretern wurde erklärt, daß ein Streik der Eisenbahner in Preußen und wohl überhaupt in Deutschland undenkbar geworden sei. Die Organisationen hätten daher auf die Anwendung des Streiks im Eisenbahnbetriebe bisher schon verzichtet. Die Organisation der Eisenbahner im Gewerksverein ist deshalb trotzdem eine Notwendigkeit zur förderlichen Wahrung ihrer Interessen.

Also, Eisenbahner! Kein Vorgelegter ist berechtigt, Euch von dem Anschluß an die Gewerksvereine abzuhalten. Das hat die Konferenz mit dem preussischen Eisenbahnminister deutlich ergeben. Darum wacht auf, fortgeschrittlich denkende Eisenbahner, laßt Euch nicht in das Schlepptau einer Bewegung ziehen, die Ihr innerlich nicht billigt, tretet einmütig ein in den Gewerksverein der Eisenbahner (Sieh Gleichiß Ch.-Zell, Barbarossa, 56) und helft energisch fördern die Kirch-Tunderischen Gewerksvereine überhaupt! Karl Goldschmidt.

□ Durcheinander in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung.

I.

Es gibt kein unklareres, schwerer durchsichtiges und weniger leicht verständliches Gebilde in den modernen Standesorganisationen als die „christlich-nationale“ Arbeiterbewegung. Selbst die Mittelstandsvereinigungen mit ihren Anhängern und Hintermännern ist ihr gegenüber ein klarer Gebirgsbach. In der christlich-nationalen Arbeiterbewegung finden sich nicht nur Katholiken und Protestanten, sondern auch von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken alle Schattierungen, die es in diesen Konfessionen gibt. Wir finden radikale Demokraten des Zentrums, vereinzelt auch des Liberalismus und leben dunkle Reaktionen im Zentrum und unter den Antisemiten. Kapitalisten und Sozialisten mit ihren geheimen und offenen Anhängern erkennen das aufmerksame Auge, und noch vieles andere, was sich weniger klar gruppieren läßt und doch wie Feuer und Wasser zueinander steht. Der eine sieht in der Bewegung das christliche Moment, der andere das nationale, noch ein dritter nur das antizösozialdemokratische. Und sie alle machen in „christlich-nationaler“ Arbeiterbewegung, die weil jeder sich etwas anderes darunter denkt. Sie alle hoffen auch für sich etwas dabei herauszuschlagen, und nicht selten glaubt der eine den anderen so ein klein bißchen um den Köffel barbieren zu können. Ein Kaleidoskop, ein tausendköpfiger Körper, der je nachdem immer die Fläche bietet, die man gerade nötig hat.

Selbst wer, wie Schreiber dieses, inmitten aller dieser Dinge aufgewachsen ist, findet sich nur mit Mühe darin zurecht. Und wer nur einige Monate lang nicht alle Vorgänge genau verfolgen kann, ist schon aus dem Bilde. Einige genauere Darlegungen mögen benehmen, in welchen Farben noch Bedarf die „christlich-nationale“ Arbeiterbewegung schillert.

Das Zentrum hat sie geschaffen, das ist auf der Generalversammlung des katholischen Volksvereins 1906 von Herrn Dr. Pieper selbst gesagt worden. Jedoch ist mit dieser Erkenntnis noch nichts gewonnen. Drei Gruppen gab und gibt es gegenüber der „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung im Zentrum: eine lehnt sie ab, eine zweite will sie fördern, aber stets nur so viel, wie es das augenblickliche Parteiinteresse dringend erfordert, eine dritte will mehr tun, treibt Arbeiterpolitik um der Arbeiter willen. Nicht so, als läge

ihr nichts daran, wenn auch das Zentrum auf seine Rechnung kommt, sondern wie ein guter Stauffmann, der nicht knauret, sein Geschäft sicher zu fundamentieren, weil er hofft, es mache sich schon bezahlt. Diese dritte Gruppe, um Sige, Pieper und Brauns, hat eigentlich die Bewegung geschaffen, dirigiert sie unsichtbar auch heute noch und gibt durch ihre Schlaubeit und Geschicklichkeit ihr oft ein Uebergewicht selbst über die tappiche Sozialdemokratie. Die Arbeiter können selbst gar nicht so seine Fäden spinnen.

Die Männer um Sige — nennen wir sie mit dem bekannten Namen „München-Gladbacher“ — hatten schon 1899 den ehrlichen Willen, aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine neutrale Bewegung zu machen. „Die Spaltung bleibt doch immer ein Uebel“, so klang es damals. Aber es kommt manchmal anders, als es sich der geschickteste Kartenpieler gedacht, und aus einer neutralen Gewerkschaftsbewegung ist mehr und mehr eine christliche Weltanschauungsbewegung geworden. Die München-Gladbacher Broschüre, die 1899 den Neutralitätsgedanken verkündete, war jahrelang vergriffen. Kürzlich ist sie in neuer Auflage erschienen und gibt uns Anlaß, an einigen Beispielen zu zeigen, wie viele Seelen in der Brust der „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung wohnen.*

Das liberale Ideal einer Gewerksvereinsbewegung — liberal nicht in dem eng begrenzten politischen Sinne — ist am klarsten von Brentano und vor allem von unserem Gründer und Anwalt Dr. Max Sigmund formuliert worden. Die Gewerkschaften und Gewerksvereine müssen rein wirtschaftliche, neutrale Bewegungen sein, die alle Arbeiter umfassen können. Die München-Gladbacher sind stark von Brentanoschen Lehren beeinflusst. Das merkt man an ihrem gewerkschaftlichen Ideal, das besonders auf Seite 71 bis 83 der genannten Schrift zum Ausdruck kommt. Wir geben ausführliche Zitate, einmal, um dem Vorwurf zu entgegenen, wir rissen Sätze aus dem Zusammenhang, dann aber auch, um all denen ein Urteil zu ermöglichen, die die Schrift nicht selbst lesen können.

Innerhalb eines Gewerks oder einer Industrie muß eine Gewerkschaft möglichst die gesamte Arbeiterkraft umfassen. Auch die Erben von Sonderorganisationen . . . deren Mitgliederbestand sich aber tatsächlich, wenn auch nicht grundsätzlich nach gewissen religions oder politischen Grundfragen zusammenlegt, ist an und für sich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, ein Uebel, und nur höhere als wirtschaftliche Gesichtspunkte können eine derartige Trennung unter Umständen rechtfertigen. . . Die Arbeiter stehen dem Unternehmer nicht als Katholiken, Evangelische oder Ungläubige, nicht als Liberale, Zentrumsanhänger oder Sozialisten gegenüber, sondern nur als Lohnarbeiter mit gleichartigen Arbeitsinteressen. . . Daran ergibt sich die wirtschaftliche Notwendigkeit für die Gewerkschaft, aus ihrer Arbeit alles fernzuhalten, was die erforderliche Einmütigkeit und Geschlossenheit der Organisation fördern und hindern muß. Dieses Ziel ist dadurch zu erreichen, daß die Verfolgung religiöser und politischer Ziele von der Gewerkschaft ausgeschlossen und grundsätzlich religiösen und politischen Vereinigungen überwiesen wird. Dem kann an sich auch nicht entgegengehalten, daß die sozialistischen Arbeiter die Befreiung des Unternehmers als Eigentümer der Produktionsmittel, überhaupt die Abschaffung der Lohnverhältnisse erstrebten; denn die Gewerkschaft setzt sich nicht zum Ziele, den Unternehmer zu

*) Die christlichen Gewerkschaften. 1.—10. Tausend. Verlag der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“. M.-Gladbach. Preis 40 Pf.

befehligen, sondern im bestehenden Arbeitsverhältnis die Lage der Arbeiter zu verbessern. Sie erkennt also den Intern-hier tatsächlich, wenn auch von Seiten der sozialistischen Arbeiter mit innerem Vorbehalt, als Eigentümer der Produktionsmittel und als Leiter der Produktion an. Nur wenn die sozialistisch-gewerkschaftlichen Arbeiter innerhalb der Gewerkschaft und mit Hilfe ihrer Organe das System des Sozialismus vertreten, können sie die Geschlossenheit der Bewegung unmöglich...." (S. 73 u. 74.)

"Auch dabei (bei der praktischen Anerkennung der Grundlagen der bestehenden Rechtsordnung) verfährt es an sich nichts, wenn die sozialistischen Mitglieder für ihre Person die gegenwärtige Rechtsordnung als in ihren Grundlagen und in ihrer Gesamtheit falsch erachten und deshalb auf politischem Wege sie zu beseitigen suchen...." (S. 74.)

"Die Gewerkschaftsbewegung aber mit Fragen der allgemeinen Politik und der Weltanschauung belasten, heißt sie entzweiern. Jede Weltanschauung muß beanspruchen, nicht bloß Weltanschauung eines Standes und einer Klasse zu sein. Die Vertretung der Weltanschauung im öffentlichen Leben kann demnach auch nicht Sache einer wirtschaftlichen Standesorganisation sein, das gleiche gilt von der allgemeinen Politik...." (S. 76)

"Zu diesem Ideal einer Gewerkschaft von wirtschaftlichen Standpunkte betrachtet, bekennen sich grundsätzlich die christlichen Gewerkschaften. Jeder Arbeiter, der sich in den Fragen des Arbeitsverhältnisses auf dem Boden der bestehenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung, kurz gesagt, auf dem Boden des gemeinen Rechts und der damit gegebenen sittlichen Forderungen gewerkschaftlich betätigen will, ist ihnen willkommen...." (S. 77.)

Naturgemäß kann der einzelne diese Richtung bzw. Richtertzung seiner religiösen und politischen Anschauung durch Andersdenkende nur unter der Voraussetzung verlangen, daß auch er Abstand nimmt von einer ausdrücklichen Proklamierung und förmlichen Vertretung seiner religiösen und politischen Anschauung innerhalb der Gewerkschaft. Wenn hier und da in den Organen der christlichen Gewerkschaften Kräfte sich finden zur Verteidigung der christlichen Weltanschauung, so erklärt sich das aus der Verteilung der Kräfte, in welcher diese Organe gegenüber den Angriffen auf die christliche Weltanschauung in den Blättern der „freien“ Gewerkschaften sich befinden...." (S. 77.)

"Nach allem vorher Gesagten gibt die Bezeichnung „christlich“ bei der hier beschriebenen Gewerkschaftsrichtung zunächst den Hinweis ihrer Grundung an.... Die zeitweilige hier und da begabte Erwartung, die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung würde sich zu einem einwandfreien gewerkschaftlichen Standpunkt entwickeln, ging nicht in Erfüllung. So wurde eine Neugründung unvermeidlich. Diese mußte sich schon in ihrem Namen von der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung scharf unterscheiden; als schlagende und passende Bezeichnung wählte man den Titel „christlich“, eine andere Bezeichnung, etwa „nichtsozialdemokratisch“, zu wählen, wäre unweiskam gewesen...." (S. 82.)

... und da es eben christlich denkende Arbeiter waren, welche die neuen Organisationsgründungen, gaben sie ihnen die Bezeichnung „christlich“ resp. redeten von einer Gewerkschaftsbewegung „christlicher Arbeiter“, ohne deshalb die Bewegung für die religiösen Zwecke eines Bekenntnisses und für eine Partei auszuweisen zu wollen. Weitergehende Forderungen, die zuweilen aus der Bezeichnung „christliche Gewerkschaften“ gezogen wurden, sind von diesen selbst und ihren Vorführern wiederholt abgelehnt worden...." (S. 83.)

Aus diesen Stellen der genannten Schrift ergibt sich zunächst, daß die Münchener-Bladbacher in ihrer Theorie noch heute auf dem Standpunkte stehen, den sie 1899 schon vertraten. Und dieser Theorie könnten die Vertreter der Deutschen Gewerksvereine, die noch heute dem liberalen Gewerkschaftsideal der Neutralität am nächsten stehen, zustimmen. Hier finden sie all ihre Gründe, die sie seit Jahren gegen christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften ins Feld führten, wieder. Hier werden die Tore geöffnet selbst für Sozialdemokraten und, wenn man will, Anarchisten; denn sie alle können in der Gewerkschaft nichts anderes tun, als praktisch die bestehende Rechtsordnung anerkennen. Mehr wird ja nicht einmal verlangt. Was sie außerhalb der Gewerkschaft, auf politischem oder religiösem Gebiete tun, ist ihre Sache. Die Hineintragung des Weltanschauungskampfes in die Arbeiterbewegung wird klar abgelehnt. Wo sie auf Seiten der christlichen Gewerkschaften vorgekommen ist, wird sie entschuldigt, so ähnlich wie man eine im Ueber-eifer begangene Dummheit entschuldigt. Wären die Theorien der Münchener-Bladbacher tatsächlich in der christlichen Gewerkschaftsbewegung herrschend, läge kein Grund für eine weitere Aufrechterhaltung der Trennung zwischen ihr und den Deutschen Gewerksvereinen vor.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 12. Januar 1909.

Betreffs der **Zusatzung des Verbandsorgans** herrscht in manchen Ortsverbänden die Ansicht, daß für sämtliche Ausschußmitglieder der „Gewerksverein“ unentgeltlich geliefert wird. Das ist ein Irrtum. Nur der Sekretär des Ortsverbandes

erhält ein Exemplar unentgeltlich zugestellt, das dem Archiv überzweien und aufbewahrt werden soll, damit jeden Augenblick darin nachgeschlagen werden kann. Für die übrigen Mitglieder des Ortsverbandsausschusses besteht die Vergünstigung, daß sie den „Gewerksverein“ auf Kosten der Ortsverbandskasse halten dürfen. Es wäre dringend zu wünschen, daß von dieser Vergünstigung mehr Gebrauch als bisher gemacht würde. Jedenfalls bitten wir von dieser Notiz Kenntnis zu nehmen, damit überflüssige Schreibereien und Portoausgaben erspart bleiben.

In der **letzten Zentralrats-sitzung** wurde zunächst die Konstituierung des Vorstandes vorgenommen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Gustav Hartmann, zu seinem Stellvertreter der Kollege Rabethge und zum Protokollführer Kollege Trams, sämtlich einstimmig per Akklamation wiedergewählt. Hierauf erfolgte der Bericht des Kollegen Erkelenz über die Gewerksgerichtswahl in Berlin.

Ueber den **Arbeitskammergesetzentwurf** referierte sodann der Verbandsvorsitzende Kollege Goldschmidt. Nach einer eingehenden Diskussion wurde beschlossen, eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zu machen, die in folgender Resolution zusammengefaßt sind:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine (D.G.V.) nimmt mit Interesse Kenntnis von dem Entwurf eines **Arbeitskammergesetzes** und richtet an den Hohen Reichstag die dringende Bitte, dahin wirken zu wollen, daß an dem Entwurf folgende Änderungen vorgenommen werden:

1. Die sachliche Grundlage der Kammern ist in eine territoriale abzuändern, insbesondere dann, wenn der Uebertritt des Arbeitskammermitgliedes zu einem anderen Beruf den Verlust des Mandats zur Folge haben würde.

2. Die Arbeitskammern müssen berechtigt sein, aus eigener Initiative Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbe zu veranstalten.

3. Den Arbeitskammern ist das Recht einzuräumen, für die Beaufsichtigung und Durchführung des Arbeiterschutzes Anordnungen treffen zu können. 4. Das Tätigkeitsgebiet der Arbeitskammern ist auf die Mitwirkung bei Tarifverträgen auszu dehnen.

5. Die Arbeitskammern sollen auf das Handels-gewerbe ausgedehnt werden.

6. Die Betriebe der Heeres- und Marine-verwaltung sind in den Tätigkeitsbereich der Arbeitskammern einzubeziehen.

7. Das passive Wahlrecht ist auf das 25., das aktive auf das 21. Lebensjahr herab-zusetzen.

8. Die Beamten der Organisationen sowohl der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber müssen in die Arbeitskammer gewählt werden können.

9. Arbeitskammern sollen auch dann errichtet werden, wenn Arbeitgeber oder Arbeiter durch ihre Organisationen oder durch Urabstimmung den Antrag auf Errichtung stellen.

10. Die Kosten sind auf das Reich zu übernehmen.

Der Zentralrat erkennt an, daß der vorliegende Gesetzentwurf einen wesentlichen Fortschritt bedeutet gegenüber dem im Februar 1908 veröffentlichen Entwurf. Wenn es dem Reichstage gelingt, die hier vorgeschlagenen Verbesserungen durchzuführen, dann wird das Gesetz gemäß geeignet sein, die ihm gestellten hohen Aufgaben zu erfüllen.

Zwecklose Aufregung. Den Bemühungen unseres Ortsverbandes in Danzig ist es gelungen, daß auf die Schiffsliste auch 10 Arbeiter gesetzt worden sind, und zwar Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine, die vom Ortsverbande zu diesem Zwecke vorgeschlagen worden sind. Die „freien“ Gewerkschaften und auch die katholischen Arbeiterorganisationen sind nunmehr darüber erbot und erheben dagegen Einspruch, daß sie vollständig übergangen worden seien. Sie vertreten den Standpunkt, daß die Organisations- und Parteizugehörigkeit bei der Auswahl der Schiffslisten und Geschworenen vollständig ausgeschaltet werden müsse.

Darin haben die „freien“ Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine vollkommen recht. Wenn aber die Organisations- und Parteizugehörigkeit keine Rolle spielt, nun dann brauchen sie sich ja auch nicht darüber aufzuregen, daß die in Aussicht genommenen Schiffslisten Mitglieder der Deutschen Gewerksvereine sind. Wenn es den Herren darauf ankommen wäre, daß auch aus ihren Reihen Arbeiter auf die Schiffsliste gesetzt werden, so hätten sie sich nur rechtzeitig darum zu bemühen brauchen. Jetzt, wo sie die Sache verbummelt haben, erheben sie ein großes Geschrei und suchen die Geschichte noch gegen unsere Kollegen auszunutzen. Helfen wird es ihnen freilich nichts.

Wichtige Bergarbeiterfragen werden zurzeit in Konferenzen behandelt, welche vom preussischen Handelsminister Dr. Delbrück einberufen worden sind. Die erste Sitzung hat am vergangenen Freitag stattgefunden. An den Verhandlungen haben außer dem Minister, einem Unterstaatssekretär und der gesamten

Bergabteilung des Handelsministeriums auch Vertreter der Bergwerke von Rittinghausen und Saarbrücken teilgenommen. In den weiteren Sitzungen soll neben verschiedenen anderen Punkten auch über die in Vorbereitung befindliche Novelle zum Berggesetz, betreffend die Anstellung von Arbeiterkontrollleuten eingehend beraten werden. Auch die Frage der schwarzen Listen soll in dem Bereich der Erweiterungen gezogen werden. Uebrigens laufen neben den vom preussischen Handelsminister einberufenen Konferenzen auch solche, die vom Reich veranfaßt werden. Hoffentlich gelangt über das Ergebnis bald Näheres in die Öffentlichkeit.

Arbeiterbewegung. Die Aussperrung der Tischler in Bremen ist beendet, und am Montag die Arbeit wieder aufgenommen worden. Nachdem bereits die Arbeitnehmer den vom Gewerbegericht gefällten Schiedsspruch angenommen hatten, sind ihm auch die Arbeitgeber, allerdings nur mit schwacher Mehrheit, beigetreten. — In Hamburg ist der bis zum 1. April laufende Tarif der Damenschneider gekündigt worden. Infolgedessen haben die Gehilfen beschlossen, zwecks Abschluß eines neuen Vertrages in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband einzutreten. — Im Brauereigewerbe zu München war es nach langwierigen Verhandlungen endlich geglückt, eine Einigung auf der Grundlage zu erzielen, daß den Arbeitnehmern eine viertelstündige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, eine Erhöhung der niedrigsten Lohnsätze, eine Verkürzung der Sonntagsarbeit um eine Stunde und ein Urlaub mit voller Lohnzahlung gewährt werden sollte. Die Brauereiarbeiter haben aber die Zugeständnisse als unzureichend abgelehnt und ihre Kommission beauftragt, an den bisher aufgestellten Forderungen festzuhalten.

In den **Ausland** zu treten beschloß am Sonnabend das Musikpersonal der königlichen Oper zu Budapest, wenn nicht binnen 24 Stunden eine Teuerungszulage gewährt würde. — Eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 54 auf 57 Stunden hat die Maschinenfabrik „Scania“ in Malmo (Schweden) ihren Arbeitern zugemutet. Darauf konnten sich diese natürlich nicht einlassen, namentlich da nach dem bestehenden Tarifvertrage die Firma verpflichtet gewesen wäre, erst mit den Arbeitern in Verhandlungen einzutreten. Die Betriebsleitung jedoch wollte sich darauf nicht einlassen, sondern sperrte kurzerhand sämtliche Metallarbeiter aus.

Derselbe Laden, nur eine andere Nummer. Die Leitung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hat einige Veränderungen dadurch erfahren, daß Herr v. Popelius wegen vorgerückten Alters und unbesriedigenden Gesundheitszustandes den Vorsitz im Direktorium niedergelegt hat. An seine Stelle wurde Herr Landrat Rötger, Vorsitzender des Direktoriums der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp in Essen gewählt, zu seinem Stellvertreter Herr Baurat Dr. v. Rieppel, der Generaldirektor der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg in Nürnberg.

Auch diese neue Besetzung zeigt, daß die Politik des Zentralverbandes Deutscher Industrieller keine Änderung durch den Wechsel in der Leitung erfahren hat. Das Scharfmachertum wird nach wie vor uneingeengt seinen Einfluß geltend machen können.

Zusammenschluß der polnischen Bergarbeiter-Berufsvereine. Vor einigen Monaten hat sich der sogenannte „Polnische Berufsverband“ in Posen mit der „Polnischen Berufsvereinigung“ in Bochum verschmolzen. Jetzt geht eine Mitteilung durch die Presse, daß weitere Bestrebungen sich geltend machen, auch den „Verband zur gegenseitigen Hilfe“ mit dem Sitz in Bautzen zum Zusammenschluß mit den genannten Verbänden zu bewegen. Der Vorsitzende der Polnischen Berufsvereinigung weist zu diesem Zwecke gegenwärtig in Oberschlesien, um den Zusammenschluß per se zu machen.

Bei diesen Vorgängen sind nicht in erster Linie gewerkschaftliche Beweggründe ausschlaggebend, sondern nationalpolitische. Es ist bedauerlich, daß die polnischen Bergleute, die unter denselben Druck wie die deutschen zu leiden haben, sich in dieser Weise mißbrauchen lassen. Die Unternehmer fragen nichts danach, welcher Nationalität sie sind. Sie schließen sich zusammen, lediglich geleitet von dem Gedanken, ihre Unternehmerinteressen den Arbeitern gegenüber wahrzunehmen. Die Arbeiter aber lassen sich zerpfählen nicht allein durch religiöse und parteipolitische, sondern jetzt nun auch noch durch nationale Momente. Da braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, daß gerade das Los der Bergarbeiter so überaus verbesseungsbedürftig bleibt.

Eine **Vertichtigung** zu unserm in Nummer 102 des vorigen Jahrgangs veröffentlichten „Arbeiterbrief aus Dortmund“ sendet uns Herr Heinrich Bartels, Beamter des alten Bergarbeiterverbandes in Dortmund, zu. Den Wunsch, die Vertichtigung „ohne Berufung

